

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

56 (7.3.1925)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Voll und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M. mit 80 3 ohne Zustellung. Einzel-Preis 10 3, Samstags 15 3. — Anzeigen: die einpaltige Kolonelle 20 3, auswärts 25 3. Reklamen 80 3. Annahmefrist 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Wertags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luffstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Vor der Wahl des Reichspräsidenten

Nationale Würdelosigkeit und deutschnationale Verleumdung

Berlin, 7. März. (Eigener Funddienst.) Der erste Präsident der Republik ruht jetzt gerade 48 Stunden unter der fahlen Erde. Seine sterbliche Hülle waren noch nicht dem Sonderzug nach Heidelberg übergeben, als bereits deutschnationales Gematerial gegen den Verstorbenen verbreitet ließ. Es gibt sogar Zeitschriften, wo sich die deutschnationalen „Reiniger der Offenheit“ nicht einmal gesäumt haben, 2 Stunden nach dem Tode ihre seit Monaten fertig gedruckten Verleumdungen und Lügen an den Mann zu bringen. Schon seit Mitte Dezember haben sie die Verleumdungskampagne zur Reichspräsidentenwahl vorbereitet und in einem eigenen Büro, unter Leitung des Kriegsschwindlers Nicolai, jede Gemeinheit und Niedertracht, von dem sie sich besonnt wurde, sammeln und auf Seiten der Schwerindustrie in Millionen von Exemplaren drucken lassen. So sind uns z. B. schon Anfang Januar eine ganze Reihe auf Veranlassung der deutschnationalen Flugblätter zur Reichspräsidentenwahl vorgelegt worden, die als verantwortliche Stelle den deutschnationalen „Reiniger der Offenheit“ G. m. b. H. benannt.

Der „Vorwärts“ gibt heute von dem inzwischen verbreiteten „Agitationsmaterial“ der Deutschnationalen eine kleine Kostprobe. Aus ihm ergibt sich, daß es kaum eine Verlogenheit, seit der Ermordung des Reichspräsidenten ausgesüßte werden sollte, u. a. wird ein Brief von Fritz Ebert an Hermann Brüning, der folgenden Wortlaut hat: „Mein lieber Herr Reichspräsident! Ich habe Ihre Rede für Ihre freundliche Aufmerksamkeit bestens dankt. Wir werden uns freuen, Sie recht bald wieder bei uns begrüßen zu können. Fritz Ebert.“

Niemals hat der verlebte Reichspräsident eine derartige Kostprobe gesehen und es ist sowohl von ihm als auch von dem Adressaten in Untersuchungskommission des Reichstages festgestellt worden, daß eine derartige Postkarte nicht existiert und niemals von Ebert an Brüning gerichtet wurde. Aber die Art der ganzen Verleumdungskampagne, wie sie von den Deutschnationalen betrieben wird, zeigt, was wir in den nächsten drei Wochen noch alles erleben werden. Es ist beschaffen bereits jetzt am Tage in alle Welt hinauszufluten, auf welche Weise der Herr Reichspräsident heute einmal betrogen und belogen werden soll. Vor den Reinigern der Offenheit muß bis zum Tage der endgültigen Wahl von heute ab tagtäglich, wenn es geht, mehrmals am Tage, gewarnt werden. Daß uns das Volk aufheißert, bevor die „Reiniger der Offenheit“, die größten Schmeißer auf Gottes Erdboden, die Deutschnationalen, ihre jüngsten Gemeinheiten an den Mann gebracht haben.

Scheinbar haben sich die Deutschnationalen bereits damit abgefunden, daß ihr Herr Vorkämpfer oder ihr Herr von Gestalt als Kandidat für den Reichspräsidenten in der Reichswahl nicht in Frage kommen und weniger beliebte Persönlichkeiten als Parteimitglieder in den Vordergrund treten werden. Man geht deshalb auf das Ganze und sagt sich, wenn das schon so ist, und wie dieser bringen müssen, dann jedoch es so gesehen, daß die Zentrumspartei im Reich und in Preußen für eine durch einen gemeinsamen Wahlkampf uns verpflichtet ist. Man scheint schließlich bereit zu sein, dieses Ziel wegen einem Zentrumsmann zu wählen.

Es ist in diesem Zusammenhang übrigens äußerst interessant, daß die deutschnationale „Nationalpost“ in ihrer Stellungnahme gegen Marx von rechts und links spricht. Das sind die gleichen Herren, die dem Volk sonst etwas von der „überparteilichen Kandidatur“ vortragen. An anderer Stelle vergißt die „Nationalpost“, daß bereits am Freitag Verhandlungen zwischen der Reichspartei und der Bayerischen Volkspartei mit der Absicht stattgefunden haben, eine Brücke zwischen dem Zentrum und der Auffassung der Rechte zu schlagen. Der positive Zweck dieser Verhandlungen war, die Zentrumspartei zum Abgehen von der Kandidatur Marx zu veranlassen, die insbesondere in München als nicht möglich empfunden wird.

Der ausführlichste Kandidat der Rechte scheint vorläufig immer noch der Duisburger Oberbürgermeister und frühere Außenminister Dr. Barres zu sein. Nur den Fall, daß er als „überparteilicher Kandidat“ abgelehnt werden sollte, möchten wir bereits heute darauf beruhen, daß Barres während des letzten Wahlkampfes in Berlin offiziell als Vertreter der Deutschnationalen Wahlveranstaltungen geführt hat. Seine Tätigkeit als Reichsminister des Innern, besonders seine Äußerungen gegen Brüning usw., sowie der von ihm stammende Vorstoß der Verfassungsreform — es gibt auch noch andere schöne Dinge — werden für den Fall, daß Barres tatsächlich kandidiert, ausreichen, um die „überparteilichkeit“ der Rechte zu farnegieren. Warum nennt sich die ganze Gesellschaft nicht überhaupt „überparteiliche Partei“?

Stellungnahme der demokratischen Reichstagsfraktion

Berlin, 6. März. Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß heute u. a. mit der Präsidialentscheidung, die die Fraktion hält ein Zielvertragsgegenstand für notwendig, da mit dem Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten erst für Mitte Mai gerechnet werden kann. Die Fraktion hat weiter beschlossen, trotz der bestehenden technischen Schwierigkeiten auf die Einführung eines amtlichen Stimmzettels für die Präsidentenwahl zu dringen. Die Fraktion hält es — wie wir schon — für wünschenswert, daß möglichst ein einheitlicher republikanischer Kandidat aufgestellt wird. Die Forderung wurde noch nicht berührt. Die Fraktion wird erst die Stellung der Sozialdemokraten abwarten, die erst am Samstag sich äußern werden.

Deutschnationale Würdelosigkeit

Saureth, 5. März. Ein Beispiel besonderer Würdelosigkeit und Unempfindlichkeit gegen alle selbstverständlichen persönlichen und politischen Grundsätze hat die deutschnationale Stadtratsfraktion in Saureth gegeben. Als der dortige Bürgermeister auf die Nachricht vom Tode des Reichspräsidenten hin auf den Rathaus die bairische Fahne auf halbemast setzen wollte, schickte sich die deutschnationale Stadtratsmehrheit dadurch in ihren „nationalen Empfindungen“ verletzt und verlangte die Einholung der Fahne, ein Gesuch, dem selbst der Bürgermeister nachgab. Gleichzeitlich verhinderte sie auch eine vom Bürgermeister beabsichtigte Trauerkundgebung in Stadtrat durch die Erklärung, sie würde im Falle einer solchen Kundgebung geschlossen den Sitzungssaal verlassen. Im Beginn der gestrigen Stadtratsitzung verlas nun der Führer der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung, in welcher er sagte: Der Vorstehende Oberbürgermeister Brau, sei bereit gewesen, in heutiger Sitzung des Ablebens des Reichspräsidenten in entsprechender Weise zu gedenken, die Fraktion der vaterländischen Wehrheit habe jedoch erklärt, daß sie es ablehne, sich an dieser Ehrung für Herrn Ebert zu beteiligen. Die sozialdemokratische Fraktion spreche ihre Mißbilligung wegen dieses Verhaltens aus und verlasse die Sitzung. Die zwölf Mann starke Fraktion verließ darauf den Sitzungssaal. Namens der bürgerlichen Mehrheit gab Vorsitzender die Erklärung ab, daß sie angesichts des Todes des Reichspräsidenten für heute jede Erörterung unterlassen wollten. Die Sitzung wurde darauf mit den amwesenden fünfzehn bürgerlichen Mitgliedern abgehalten.

„Grüß Dir, Ehrenmann!“

Ein Wort nach der Beerdigung Eberts

Kein Deutscher ist seither so beerdigt worden wie Fritz Ebert, kein Deutscher schlechtweg. Auch kein Fürst, kein König! Allerdings auch kein Sozialdemokrat ist unter so ungeheurer Beteiligung vieler Hunderttausender zu Grabe geleitet worden, wie er. Weber Wilhelm Liebknecht noch Auer, Weber Bebel noch Singer — so ist noch keiner geehrt worden. Millionen Arbeiterherzen in dieser Trauer. Millionen Reichsbannerträger standen Spalier von Berlin bis Heidelberg. Sie standen Mann an Mann, wo der Sarg vorübergefahren worden ist — am späten Nachmittag. Sie standen mit der Fadel in der Hand, wo der Zug passierte in finsterner Nacht und sie standen wieder Spalier bis in den hellen Morgen hinein — bis Ebert in die heimische Erde gebettet war.

So ward noch kein Deutscher zu Grabe geleitet! Der tieferschütterte Berichterstatter des „Berliner Tageblatts“ schrieb seinem Blatt nach der Beerdigung Eberts: „Grüß Dir, a! Grüß Dir, Reichspräsident! Grüß Dir, Ehrenmann!“

Das ist das beste Wort, das jetzt fallen mußte, neben alle den anderen, die jedem ganz von selbst aus der Feder fließen: „Ehrenmann!“ Dieser deutsche Arbeiterjunge, der in Armut aufgewachsen war, der als Handwerksbursche Deutschland durchzogen hatte, der verzagt und gehetzt, gemahregelt und auf alle möglichen Proskriptionslisten gesetzt worden war, dieser „keine Parteiführer“ ward zum Reichspräsidenten. In seinem Grabe standen Generale in großer Zahl und Könige stießen ihre kostbaren Kränze niederlegen.

Dieser Deutsche war ein Ehrenmann, der um mehr als Haupteslänge all das Geinidel überragte, das sich auch an ihn herangewagt hat, um ihn mit Schmutz und Verleumdung in den Kot zu ziehen. Diesen deutschen Ehrenmann hat man vor wenigen Monaten vor Gericht als „Landesverräter“ zu brandmarken versucht. In Deutschland — in der Deutschen Republik! In der demokratischen Republik ist das geschehen von einem Gerichtshof, der „im Namen des Volkes“ Recht sprechen soll.

Die Revisionsinstanz hat am 4. und 5. März 1925 das Magdeburger Urteil gerissen und der Reaktion mit tiefer Berachtung vor die Füße geworfen. Als Landesverräter sollte dieser Mann und in und mit ihm die SPD, gebrandmarkt werden, weil die Führer der Partei im Januar 1918 auf Wunsch der Arbeiter, nachdem der Streik ausgebrochen war, in die Leitung eingetreten waren, um dem Kampf schnellstens ein Ende zu bereiten durch verständliche Verhandlungen mit der Regierung.

Wie Ebert und seine Freunde zu jenem und allen ähnlichen Streiks im Krieg gestanden haben? Hier ein Wort unserer toten auf einer Parteikonferenz im September 1916:

„Seit Wochen werden anonyme Aufforderungen zum politischen Streik verbreitet. Diese gewissenlosen Aufforderungen können nicht nur für den einzelnen Arbeiter, sondern auch für unsere Organisation zur allergrößten Gefahr werden. ... Und nun, Parteigenossen, will ich auf das Unwissen dieser Flugblätter eingehen. In einer Zeit, in der die englischen Munitionsarbeiter auf Feiertage und Sonntage verzichten, in der die ganze Welt mit äußerster Kraftanstrengung für die Entente Munition und Kriegsmaterial herstellt, in der die Entente ein Land nach dem andern in den Krieg hineinzwingt, in der alle feindlichen Staatsmänner grundtätig jede Lebensbereitschaft ablehnen und unsere Söhne und Brüder auf allen Fronten im furchtbaren und mörderischsten Trommelfeuer liegen, in dieser Zeit sollen die deutschen Munitionsarbeiter streiken? Wäre das nicht Wahnsinn?“

Wer es gewagt hat, diesen Mann des Landesverrats zu beschuldigen, der sollte jetzt den Mut haben aufzustehen, um den Professor Bier anzuladen der vorzüglichen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang! Um das blutleere, schwertränke Land zu retten aus tödlicher Gefahr, griff Ebert ein — um das Leben des vom Tode bedrohten Reichspräsidenten Ebert zu retten, griff Professor Bier, der gefeierte Chirurg, zum Messer.

Hätten es 1918 gegenüber den streikenden Arbeitern nicht gute Worte Eberts getan? Und hätte es Prof. Bier nicht mit Beschwörungsformeln genug sein lassen können? Täuschte sich niemand; auch wenn das Urteil von Magdeburg zerrissen ist, es wird von seiten der Reaktionskräfte weiter gegeistert, weiter verleumdet werden. Die Republik auf einen Schlag über den Haufen zu rennen, ist zweimal möglich: in Berlin bei dem Rapp-Ludendorff-Putsch, in München bei dem Hitler-Ludendorff-Putsch. Das Abschließen oder Berglösen der Einzelnen ist aber erstens zu unsicher und dauert zweitens viel zu lange. Deshalb die neue Methode: die Verurteilung des Landesverrats ganzer Gruppen durch giftige Gase — durch gehässige Verdächtigungen und Verleumdungen.

Die Hoffnungen der Rechten

Berlin, 7. März. (Eig. Funddienst.) Die Hoffnung der Rechten in dem bevorstehenden Wahlkampf ist eine Kapitulation der Lügen. Wo man in den letzten Tagen hinsteht, wird dieser Hoffnung in allen Organen der Rechten Ausdruck gegeben. Somit glaubt z. B. das offizielle Organ der Deutschnationalen in Berlin, „Die Nationalpost“, freudigstehend eine bezweifelnde Mitteilung machen zu können. Vielleicht hat sich das Blatt doch geirrt. Im übrigen weiß es zu verraten, daß die Deutschnationalen gerne bereit sind, ihre Verleumdungskampagne gegen links in Gemeindefunktion mit dem Zentrum zu führen. Aber Marx ist für die Deutschnationalen nicht „vergnagbar“. Die „Nationalpost“ sagt darüber: Marx hat durch sein Verhalten in den letzten Monaten politisch sich derart stark nach links gestellt, daß man es den Rechten nicht zumuten kann, für diesen Mann zu stimmen. Wenn das Zentrum also an seiner Kandidatur festhält, dann ist auf ein gemeinschaftliches Vorgehen zwischen dem Zentrum und der Rechten nicht zu rechnen.

Steigen der Indexziffer

Berlin, 6. März. Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten, die nach der bisherigen Berechnungsweise die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung umfassen, belaufen sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 121, was gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 0,9 v. H. bedeutet. Neben diesen Indexziffern wurde für Februar mit einer aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengesetzten Indexkommission zum ersten Mal eine neue, in den Grundlagen erweiterte Lebenshaltungskostenindexziffer berechnet. Diese stellt sich für den Durchschnitt Februar auf 123,6. Bei Anwendung der neuen Berechnungsmethode gegenüber dem Vormonat ergibt sich für die monatlichen Lebenshaltungskosten etwa die gleiche Steigerung wie nach der alten Methode.

Deutscher Reichstag

Berlin, 6. März.

Präsident Ebert verließ bei der Eröffnung der Sitzung Reichspräsidenten, die aus Anlaß des Todes des Reichspräsidenten dem Reichstag zugegangen sind und zwar von den Parlamenten von Österreich-Ungarn, Tschechoslowakei, Italien, Peru, Litauen, Lettland, Dänemark, Schweden und den Landtagen von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Stäcker (Komm.), der Reichstag möge sich sofort mit der Wahl des Reichspräsidenten befassen. Als der Redner erklärte, der Reichspräsident Ebert habe seine Macht ausschließlich für die Bourgeoisie ausgenutzt, verließen viele Sozialdemokraten den Saal. Reichskanzler Dr. Brüning habe auf dem Wege des kleinen Staatsrechts eigenmächtig das Amt des Reichspräsidenten an sich gerissen. Der Reichstag dürfe das nicht dulden. Die kommunistische Fraktion verlange die sofortige Beratung eines Gesetzesentwurfes, wonach der Reichstag einen selbstbestimmten Reichspräsidenten wählt.

Präsident Ebert teilt mit, daß der Reichstag sich morgen um 12 Uhr mit den Fragen beschäftigt wird, die mit der Stellvertreterwahl und der Wahl des Reichspräsidenten zusammenhängen.

Abg. Hebrich (Centr.) befragt, ob der Reichskanzler mit der Hebernahme der Stellvertreterwahl die Verfassung verletzt habe. Redner erhebt Einspruch gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages. Damit ist dieser Antrag für die heutige Sitzung gefallen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Zulassung von Renten aus der Invalidenversicherung.

Abg. Karsten (Soz.) bezeichnet die in der Vorlage vorgesehene Steigerung der Renten als durchaus unzureichend.

Abg. Andre (Ztr.) beantragt Verweisung der Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuß.

Abg. Wibel (Komm.) lehnt die Vorlage ab, sie sei mit ihren unzureichenden Sätzen eine Verhöhnung der Invalidenrentner.

Abg. Steiner (Dem.) beantragt gleichfalls die in der Vorlage vorgesehene Quote als viel zu niedrig. Eine Erhöhung der Grundrenten sei dringend notwendig.

Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Präsident Ebert erklärt hierauf zu den auf Grund von Mitteilungen im Reichstag erschienenen Presseäußerungen, er habe nicht die Absicht, den Reichstag wegen der Vorbereitungen zur Präsidentenwahl auf längere Zeit zu vertagen.

Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abg. Groß (Ztr.) wendet sich gegen die Absicht, das Speditionswesen zu monopolisieren.

Beim Kapitel der Wasserverkehrsstraßen verlangt Abg. Dr. Post (D.Dp.) eine einheitliche, klare und zielbewusste Wasserstraßenpolitik. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß jetzt das Reich zwar materielle Verantwortung für die Verwaltung der Wasserstraßen hat, die Durchführung der Hebernahme aber in den Händen der Beamten der Länder liegt. Die Interessen der Rheinschiffahrt erfordern ganz besonders dringend eine klare Wasserstraßenpolitik des Reichs.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist in seiner Antwort darauf hin, daß eine Differenz zwischen der Reichsministerkonferenz und den Ländern über den Umfang der Organisationsbefugnis die Durchbildung der Verwaltung von vornherein gehindert habe.

Es sei lebhaften Drängens der Reichsregierung sei es nicht möglich gewesen, seit Jahresfrist zu Verhandlungen darüber mit Preußen zu kommen. Die Reichsregierung habe daher zur Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage vor kurzem den Staatsgerichtshof angerufen. Die allseitig erlangte Notwendigkeit, sämtliche Verkehrsmittel nach Abtrennung der Reichsbahn einheitlich straff zusammenzufassen, sei nur zu erreichen, wenn Verwaltung, Bau und Betrieb in eine feste klare Ordnung gebracht würden.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) äußert im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden.

Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln.

Der Etatstitel wird genehmigt.

In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur.

Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben.

Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde.

Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet.

Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen.

Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs.

Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde.

Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe.

Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Abg. Keil (Soz.) unterstützt den demokratischen Antrag und ergänzt ihn durch die Hinzufügung eines sozialdemokratischen Antrages, der genau dem im vorigen Jahre von den Deutschnationalen gestellten Antrag entspricht. Danach soll die 3. Steuernotverordnung am 31. März ds. Js. aufgehoben werden und am 1. April soll ein neues Aufwertungsgezet in Kraft treten. Der Redner schlägt an, daß keine Freunde nötigensfalls einen von dem deutschnationalen Abgeordneten ausgearbeiteten Gesetzentwurf als eigenen Antrag einbringen würden, wenn die Deutschnationalen dazu nicht bereit seien.

Abg. Wunderlich erklärt sich durchaus damit einverstanden, daß die Aufwertungsfrage morgen besprochen werde.

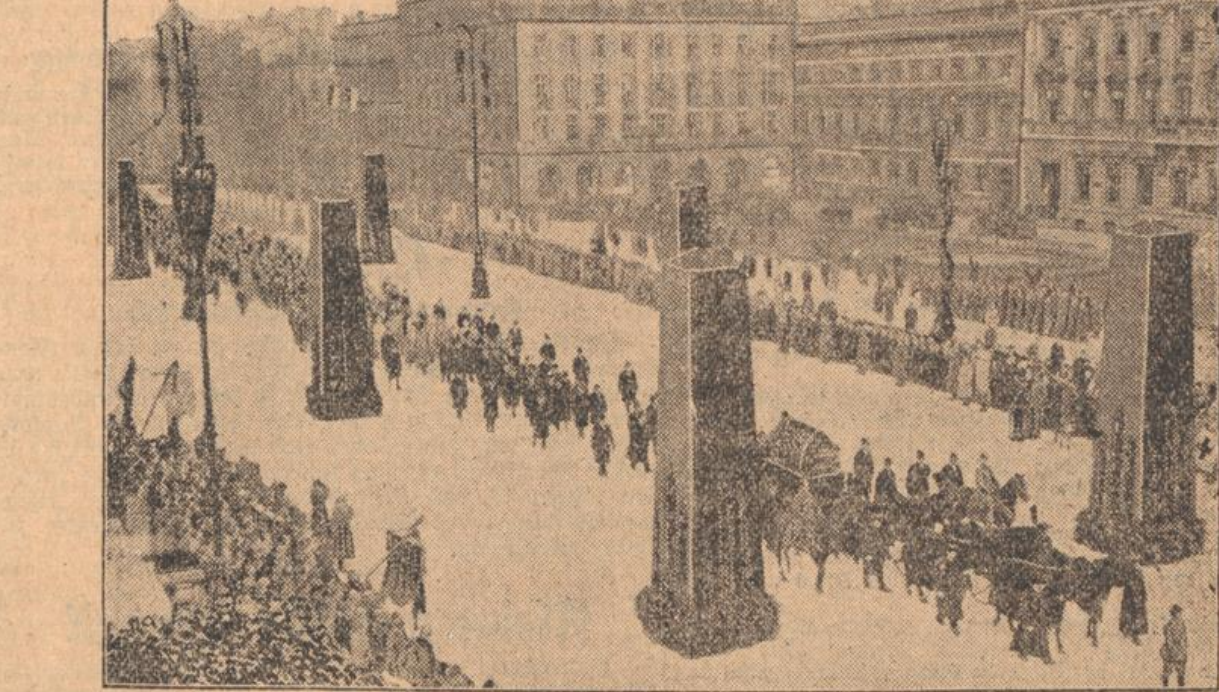
Abg. Schulz-Bromberg (D.N.) betont nochmals die Notwendigkeit morgen zunächst den Verkehretat zu erledigen, dann soll die Aufwertungsfrage gründlich erörtert werden. Die kommunistische Interpellation über die Sicherheitsfrage müßte zunächst im auswärtigen Ausschuß besprochen werden. Mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums wird beschlossen, den Verkehretat an die erste Stelle der morgigen Tagesordnung zu setzen. Als zweiter Punkt sollen ohne Debatte Amnestieanträge dem Ausschuß überwiesen werden. Gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten wird beschlossen, die kommunistische Interpellation über die Sicherheitsfrage morgen noch nicht zu behandeln. Unter großer Heiterkeit beschließt das Haus dann einstimmig, die Aufwertungsanträge der Demokraten und Sozialdemokraten als dritten Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Schluß nach 8 Uhr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern einen Antrag eingebracht, in welchem die Aufhebung der dritten Steuernotverordnung zum 31. März gefordert wird. Zur anderweitigen Regelung der in der dritten Steuernotverordnung behandelten Gegenstände soll sofort der Entwurf eines Gesetzes vorgelegt werden, in welchem die gesamte Aufwertungsfrage einschließlich der Aufwertung der öffentlichen Anleihen im Interesse der Gläubiger unter Bevorzugung bestimmter, besonders aufwertungsbedürftiger Forderungen einer wesentlichen Umgestaltung unterzogen wird.



Präsident Eberts letzte Fahrt

Überblick des Trauerzuges in Berlin, vom Brandenburger Tor aus gesehen



Präsident Eberts letzte Fahrt

Überblick des Trauerzuges in Berlin, vom Brandenburger Tor aus gesehen



Republikaner!

Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen Flaggenschmuck aufweisen, mit dem bei allen als würdige Republikaner Ehre eingelegt werden kann.

Hoch die Republik!

Die Reichsbannerleute sind im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Aus dem Freistaat Baden

Tagung des südwestdeutschen Hotelgewerbes

Der Südwestdeutsche Handelskammerratsrat für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr trat kürzlich in Badenweiler zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen Südwestdeutschlands außerordentlich zahlreich besucht war. Im Vordergrund der Beratungen stand eine Reihe von Steuerfragen. Der Ausschuss erhob telegraphisch bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Vorsitzenden des Steuerausschusses des Reichstags die dringende Forderung nach Aufhebung der Reichssteuererhebungsgesetze und einem reichsweiten Verbot der gemeindlichen Steuererhebungen. In einer zu dieser Frage von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde auf die verkehrsbedingende und verteuende Wirkung dieser Inkonsequenzen eindringlich hingewiesen, die sich nach erfolgter Marktöffnung nicht mehr rechtfertigen lassen. Aus den gleichen Gründen verlangte der Ausschuss die Befreiung der kleineren noch erhebbaren gemeindlichen Getränkesteuern, sowie eine Befreiung der heute von den Hotelbetriebern zur Durchführung des Betriebs mit dem Auslande notwendigerweise abgehaltenen Konzerten und Tanzveranstaltungen von der Luftfahrsteuer.

Erörtert wurden weiter die Reichsweinsteuer, die Herabsetzung der Kraftfahrzeugsteuer für ausländische Kraftfahrzeuge, die befristet wurde, die Befreiung des Pächters vom allgemeinen Zinsen des Fremdenverkehrs. Hierzu wurde erneut die Forderung nach einer großzügigen Fremdenverkehrsförderung durch weitgehende Ausgestaltung und Verbesserung des Eisenbahn-, Post- und Autoverkehrs verlangt. Weitere Beratungsgegenstände übte noch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Solatagewerbe, die Arbeitszeit der Köche und der Verkauf von Spirituosen in verschlossenen Flaschen.

Der Geschäftsbereichsamt des Landtags beschloß, daß der Verwaltungssprecher Stadtrat A. H. Karlsruher anstelle des bisherigen Zentrumsabg. Dr. Josef Schmidt, der infolge seiner Ernennung zum Ministerialdirektor sein Landtagsmandat niedergelegt hat, in den Landtag einzieht.

Reichspräsident Dr. Ebert teilt mit, daß der Reichstag sich morgen um 12 Uhr mit den Fragen beschäftigt wird, die mit der Stellvertreterwahl und der Wahl des Reichspräsidenten zusammenhängen. Abg. Hebrich (Centr.) befragt, ob der Reichskanzler mit der Hebernahme der Stellvertreterwahl die Verfassung verletzt habe. Redner erhebt Einspruch gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages. Damit ist dieser Antrag für die heutige Sitzung gefallen. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Zulassung von Renten aus der Invalidenversicherung. Abg. Karsten (Soz.) bezeichnet die in der Vorlage vorgesehene Steigerung der Renten als durchaus unzureichend. Abg. Andre (Ztr.) beantragt Verweisung der Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuß. Abg. Wibel (Komm.) lehnt die Vorlage ab, sie sei mit ihren unzureichenden Sätzen eine Verhöhnung der Invalidenrentner. Abg. Steiner (Dem.) beantragt gleichfalls die in der Vorlage vorgesehene Quote als viel zu niedrig. Eine Erhöhung der Grundrenten sei dringend notwendig. Die Vorlage wird dem sozialpolitischen Ausschuß überwiesen. Präsident Ebert erklärt hierauf zu den auf Grund von Mitteilungen im Reichstag erschienenen Presseäußerungen, er habe nicht die Absicht, den Reichstag wegen der Vorbereitungen zur Präsidentenwahl auf längere Zeit zu vertagen. Hierauf wird die zweite Lesung des Etats des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt. Abg. Groß (Ztr.) wendet sich gegen die Absicht, das Speditionswesen zu monopolisieren. Beim Kapitel der Wasserverkehrsstraßen verlangt Abg. Dr. Post (D.Dp.) eine einheitliche, klare und zielbewusste Wasserstraßenpolitik. Es sei ein unhaltbarer Zustand, daß jetzt das Reich zwar materielle Verantwortung für die Verwaltung der Wasserstraßen hat, die Durchführung der Hebernahme aber in den Händen der Beamten der Länder liegt. Die Interessen der Rheinschiffahrt erfordern ganz besonders dringend eine klare Wasserstraßenpolitik des Reichs. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist in seiner Antwort darauf hin, daß eine Differenz zwischen der Reichsministerkonferenz und den Ländern über den Umfang der Organisationsbefugnis die Durchbildung der Verwaltung von vornherein gehindert habe. Es sei lebhaften Drängens der Reichsregierung sei es nicht möglich gewesen, seit Jahresfrist zu Verhandlungen darüber mit Preußen zu kommen. Die Reichsregierung habe daher zur Schaffung einer klaren Rechtsgrundlage vor kurzem den Staatsgerichtshof angerufen. Die allseitig erlangte Notwendigkeit, sämtliche Verkehrsmittel nach Abtrennung der Reichsbahn einheitlich straff zusammenzufassen, sei nur zu erreichen, wenn Verwaltung, Bau und Betrieb in eine feste klare Ordnung gebracht würden. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) äußert im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Republikaner! Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen Flaggenschmuck aufweisen, mit dem bei allen als würdige Republikaner Ehre eingelegt werden kann.

Hoch die Republik! Die Reichsbannerleute sind im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Aus dem Freistaat Baden Tagung des südwestdeutschen Hotelgewerbes Der Südwestdeutsche Handelskammerratsrat für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr trat kürzlich in Badenweiler zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen Südwestdeutschlands außerordentlich zahlreich besucht war. Im Vordergrund der Beratungen stand eine Reihe von Steuerfragen. Der Ausschuss erhob telegraphisch bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Vorsitzenden des Steuerausschusses des Reichstags die dringende Forderung nach Aufhebung der Reichssteuererhebungsgesetze und einem reichsweiten Verbot der gemeindlichen Steuererhebungen. In einer zu dieser Frage von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde auf die verkehrsbedingende und verteuende Wirkung dieser Inkonsequenzen eindringlich hingewiesen, die sich nach erfolgter Marktöffnung nicht mehr rechtfertigen lassen. Aus den gleichen Gründen verlangte der Ausschuss die Befreiung der kleineren noch erhebbaren gemeindlichen Getränkesteuern, sowie eine Befreiung der heute von den Hotelbetriebern zur Durchführung des Betriebs mit dem Auslande notwendigerweise abgehaltenen Konzerten und Tanzveranstaltungen von der Luftfahrsteuer.

Republikaner! Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen Flaggenschmuck aufweisen, mit dem bei allen als würdige Republikaner Ehre eingelegt werden kann.

Hoch die Republik! Die Reichsbannerleute sind im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Aus dem Freistaat Baden Tagung des südwestdeutschen Hotelgewerbes Der Südwestdeutsche Handelskammerratsrat für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr trat kürzlich in Badenweiler zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen Südwestdeutschlands außerordentlich zahlreich besucht war. Im Vordergrund der Beratungen stand eine Reihe von Steuerfragen. Der Ausschuss erhob telegraphisch bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Vorsitzenden des Steuerausschusses des Reichstags die dringende Forderung nach Aufhebung der Reichssteuererhebungsgesetze und einem reichsweiten Verbot der gemeindlichen Steuererhebungen. In einer zu dieser Frage von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde auf die verkehrsbedingende und verteuende Wirkung dieser Inkonsequenzen eindringlich hingewiesen, die sich nach erfolgter Marktöffnung nicht mehr rechtfertigen lassen. Aus den gleichen Gründen verlangte der Ausschuss die Befreiung der kleineren noch erhebbaren gemeindlichen Getränkesteuern, sowie eine Befreiung der heute von den Hotelbetriebern zur Durchführung des Betriebs mit dem Auslande notwendigerweise abgehaltenen Konzerten und Tanzveranstaltungen von der Luftfahrsteuer.

Republikaner! Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen Flaggenschmuck aufweisen, mit dem bei allen als würdige Republikaner Ehre eingelegt werden kann.

Hoch die Republik! Die Reichsbannerleute sind im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Aus dem Freistaat Baden Tagung des südwestdeutschen Hotelgewerbes Der Südwestdeutsche Handelskammerratsrat für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr trat kürzlich in Badenweiler zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen Südwestdeutschlands außerordentlich zahlreich besucht war. Im Vordergrund der Beratungen stand eine Reihe von Steuerfragen. Der Ausschuss erhob telegraphisch bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Vorsitzenden des Steuerausschusses des Reichstags die dringende Forderung nach Aufhebung der Reichssteuererhebungsgesetze und einem reichsweiten Verbot der gemeindlichen Steuererhebungen. In einer zu dieser Frage von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde auf die verkehrsbedingende und verteuende Wirkung dieser Inkonsequenzen eindringlich hingewiesen, die sich nach erfolgter Marktöffnung nicht mehr rechtfertigen lassen. Aus den gleichen Gründen verlangte der Ausschuss die Befreiung der kleineren noch erhebbaren gemeindlichen Getränkesteuern, sowie eine Befreiung der heute von den Hotelbetriebern zur Durchführung des Betriebs mit dem Auslande notwendigerweise abgehaltenen Konzerten und Tanzveranstaltungen von der Luftfahrsteuer.

Republikaner! Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen Flaggenschmuck aufweisen, mit dem bei allen als würdige Republikaner Ehre eingelegt werden kann.

Hoch die Republik! Die Reichsbannerleute sind im Interesse der Länder vornehmlich die Bedenken gegen eine zentralisierte Reichsverkehrsverwaltung. Es müßte möglich sein, eine Vereinbarung zwischen Reich und Ländern herbeizuführen. Das Reich müsse mit größter Wachsamkeit die Interessen der Reichsbahn Wasserstraßenfrage verfolgen damit in dieser Frage die wenigen durch den Reichsbesitz betroffenen Reichsteile nicht noch weiter geschädigt werden. Reichsverkehrsminister Dr. Rohme weist dem Abg. Dietrich entgegen, daß eine einheitliche Wasserstraßenverwaltung zu erreichen sei, wenn das Reich die gesamte Verwaltung in der Hand habe. An dem guten Willen des Reichs zu einer Verständigung mit den Ländern zu verlangen, sei nicht zu zweifeln. Der Etatstitel wird genehmigt. In der Weiterberatung warnt der Reichsverkehrsminister vor den von einigen Rednern angelegten Änderungen der Gesetzespositionen für die Intersektorstruktur. Abg. Wibel (Komm.) befragt bei einem weiteren Etatstitel den Streit der Eisenbahner in Sachsen. Dieser Streit sei ein Aufbäumen der Eisenbahner gegen die Zustände, die sich nach der Auslieferung der deutschen Reichsbahn an das internationale Großkapital entwickelt haben. Abg. Schumann (Soz.) erklärt, die Sozialdemokraten hätten im vorigen Jahre der Umwandlung der Reichsbahn nur zugestimmt, nachdem die bündige Zulage gegeben war, daß die Rechte der Eisenbahner nicht geschmälert würden. Die Kommunisten hätten sich dagegen bemüht, die Organisation der Eisenbahner zu zerlegen. Der Reichsverkehrsminister solle sich um eine Berücksichtigung bemühen, damit der Streit nicht eine weitere Ausdehnung nehme und die deutsche Wirtschaft gefährde. Abg. Zimmmer (Ztr.) schlägt sich dem Wunsch an, daß der Reichsverkehrsminister sich um eine Verständigung bemühen möge. Die Eisenbahner der unteren Befoldungs- und Lohngruppen bedürften dringend einer Aufbesserung ihrer ganz unzureichenden Bezüge, besonders im besetzten Gebiet. Um 18 Uhr schied Reichspräsident Ebert dem Saale vor, die Weiterberatung auf Samstag 1 Uhr zu vertagen. Abg. v. Nischhofen erklärt zur Tagesordnung, der Reichsverkehrsminister habe sein Versprechen in einer früheren Sitzung, binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den arbeitenden Klassen vorzulegen, nicht erfüllt. Die demokratische Fraktion beantragt die unverzügliche Vorlegung des Entwurfs. Reichspräsident Dr. Ebert weist darauf, daß morgen um 12 Uhr der Reichstag sich mit dem Arbeitsloos des Reichs beschäftigt wird und auch diese Frage erörtern werde. Abg. Dr. Rosenberger (Komm.) beantragt, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung eine Interpellation seiner Freunde über die Sicherheitsfrage zu setzen. Von der Regierung müsse Aufklärung darüber gegeben werden, ob die Regierung tatsächlich die Verengung der Grenzen des Reichs durch Vertrag angeboten habe. Abg. Schulz-Bromberg hält es für notwendig, morgen an erster Stelle den Verkehretat zu erledigen.

Aus dem Freistaat Baden Tagung des südwestdeutschen Hotelgewerbes Der Südwestdeutsche Handelskammerratsrat für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr trat kürzlich in Badenweiler zu einer Sitzung zusammen, die aus allen Teilen Südwestdeutschlands außerordentlich zahlreich besucht war. Im Vordergrund der Beratungen stand eine Reihe von Steuerfragen. Der Ausschuss erhob telegraphisch bei dem Reichsfinanzministerium und bei dem Vorsitzenden des Steuerausschusses des Reichstags die dringende Forderung nach Aufhebung der Reichssteuererhebungsgesetze und einem reichsweiten Verbot der gemeindlichen Steuererhebungen. In einer zu dieser Frage von der Versammlung einstimmig angenommenen Entschließung wurde auf die verkehrsbedingende und verteuende Wirkung dieser Inkonsequenzen eindringlich hingewiesen, die sich nach erfolgter Marktöffnung nicht mehr rechtfertigen lassen. Aus den gleichen Gründen verlangte der Ausschuss die Befreiung der kleineren noch erhebbaren gemeindlichen Getränkesteuern, sowie eine Befreiung der heute von den Hotelbetriebern zur Durchführung des Betriebs mit dem Auslande notwendigerweise abgehaltenen Konzerten und Tanzveranstaltungen von der Luftfahrsteuer.

Republikaner! Die Vorarbeiten für den republikanischen Tag, veranstaltet vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ am Samstag, den 14., und Sonntag, den 15. März, in Karlsruhe, verbunden mit Gaubannerweihen, schreiten vorwärts. Dieser republikanische Tag muß ein Auftakt zu all den bevorstehenden Kämpfen um die Erhaltung der republikanischen Staatsform sein. Tausende Angehörige des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ werden an den beiden Tagen innerhalb den Mauern unserer Landeshauptstadt weilen, um bei den getroffenen Veranstaltungen das Treugelöbnis zur republikanischen Staatsform erneut zu bekräftigen. Wir erziehen die republikanisch gesinnte Bevölkerung der Stadt Karlsruhe zu Ehren der Reichsbannerleute aus den Gaue Hessen, Rheinpfalz, Württemberg und Baden ihre Häuser beflaggen zu lassen. Republikanisch gesinnte Bevölkerung! Ahmt die Beispiele der Städte Mannheim, Potsdam, Magdeburg usw., in denen bereits derartige Kundgebungen stattgefunden haben, nach. In keinem Hause, wo Republikaner wohnen, darf eine Fahne in republikanischen Reichsfarben fehlen. Karlsruhe muß an beiden Tagen einen republikanischen

Wahlstatistische Betrachtungen

Von H. Kemmle, Minister des Innern
II. (Schluß).

Den wahlstatistischen Betrachtungen über die Reichstagswahlresultate im Lande Baden, die am 27. Februar im Volksfreund veröffentlicht sind, folgt hier eine Fortsetzung, wobei die Wahlergebnisse aus den Amtsbezirken Mittelbadens behandelt sind. Bekanntlich sind für den Ausgang einer Wahl sehr stark die organisatorischen Verhältnisse der Parteien entscheidend; es spielt für letztere aber eine Rolle, inwiefern es sich bei den Arbeitsgebieten um rein ländliche Bezirke handelt, oder in welchem Grade ein Wahlbezirk industriell durchsetzt ist. Die Arbeiterklasse, z. B. gliedert sich in verschiedene welt- und kirchenpolitisch orientierte Gewerkschaftsorganisationen. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen ist nicht uninteressant, zu wissen, wie das Religionsbekenntnis in der Bevölkerung verteilt ist. Die Bevölkerung des Amtsbezirks Forstheim gehört zu 79,2% der evangelischen Kirche an; jene des Amtsbezirks Bretten zu 79% ebenfalls zur evangelischen Kirche. Im Amtsbezirk Bruchsal hingegen ist die Bevölkerung zu 80,7% römisch-katholisch. Es gibt nicht wenige Orte in diesem Bezirk, die zu nahezu 100% rein katholische Bevölkerung haben. Im Amtsbezirk Mühlhausen ist das Verhältnis ein gleiches: 79,2% der Bevölkerung haben ein römisch-katholisches Religionsbekenntnis. Diese Verhältnisgröße steigt im Amtsbezirk Malsatt auf 84%, während der Amtsbezirk Karlsbrunn zu 59,4% evangelische Bevölkerung hat.

Im Amtsbezirk Bretten üben die Deutschnationalen und der Landbund fest im Sattel. Wie die statistische Zusammenfassung der Reichstagswahlen vom Juni 1920, vom Mai 1924 und vom Dezember 1924 ergibt, waren in diesem Bezirk

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Stimmberichtig	15 461	15 870	16 210
Abgestimmt haben	10 859	11 630	11 704
In Prozenten	70,1	73,2	72,2

In welchem Maße die abgegebenen gültigen Stimmen den einzelnen Parteien zugefallen sind, kann im Rahmen eines Zeitungsartikels nicht einzeln aufgeführt werden. Weit wichtiger, als die Stimmenzahlen zu kennen, ist, zu wissen, wie sich das prozentuale Verhältnis der einzelnen Parteigruppen zueinander gestaltet. In den drei ersten Reihen der nachfolgenden Zusammenstellungen sind jeweils die Anteilssiffern der rechtsorientierten Parteigruppen aufgeführt, in der vierten Reihe jene des Zentrums und der Demokratischen Partei und in der fünften Reihe die Anteilssiffern der SPD, USPD und KPD. Die Anteilssiffern der letztgenannten Parteien sind dann jeweils für sich aufeinanderbezogen, um so dem Leser eine klare Uebersicht zu geben, wie sich das interne Stärkeverhältnis der Sozialdemokratischen Partei zu dem der links von ihr stehenden Oppositionsparteien gestaltet. Für die Gewinnung der Anteilssiffern sind selbstverständlich nur die abgegebenen gültigen Stimmen zugrunde zu legen. Im Amtsbezirk Bretten wurden

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Gültige Stimmen	10 811	11 536	11 581

Von diesen Stimmen entfielen auf:

Rechtsextreme Parteien	40,4	34,6	27,0
Deutsche Volkspartei	8,3	7,1	9,6
Wirtschaftl. Gruppen	—	21,3	18,9
Zentrum u. Demokratie	24,2	16,0	18,9
SPD usw.	27,0	20,8	24,4

In diesem Kreis haben somit die Rechtsparteien bei der Wahl vom Dezember des letzten Jahres ihren bei der vorjährigen Reichswahl erzielten Erfolg nicht behaupten können. Den Koalitionsparteien gelang es aber auch nicht, im Dezember wieder die bei der Wahl von 1920 erzielten Erfolge einzuholen. In dem Wahlergebnis sind im prozentualen Anteil die Linksparteien folgendermaßen beteiligt:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	20,4	16,1	21,3
USPD	6,2	0,3	0,6
KPD	0,4	4,3	2,5

Wie diese Anteilssiffern andeuten, vermochte die KPD bei der 1. 1924er Wahl die Stimmen der USPD vom Jahre 1920 nicht völlig zu sich herüberzuziehen. Da aber auch die SPD eine Stimmenzunahme in Kauf nehmen mußte, bleibt nur die Annahme übrig, daß sehr viele Arbeiterwähler damals das Wahlrecht nicht ausübten. Bei der Dezemberwahl hatte erfreulicherweise die SPD ihren Erfolg vom Jahre 1920 überholen können. In Bretten selbst gingen die Stimmen der SPD vom Mai 1924 mit 500 auf 701 im Dezember hinauf. In Sulzfeld und in Wülflingen zeigte sich eine ähnliche Gestaltung. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß in den einzelnen, fast mit Arbeitern durchsetzten Orten noch Reserven zurückzuführen. Denn nicht überall werden die Verluste der KPD durch einen Gewinn der SPD aufgemogelt.

Im Amtsbezirk Bruchsal war die Wahlbeteiligung geringer wie im Bezirk Bretten. Es waren:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Stimmberichtig	43 664	47 013	47 796
An der Wahl beteiligt	29 819	32 370	32 293
In Prozenten	68,6	68,0	67,5

Diese Durchschnittsziffer der Wahlbeteiligung haben verschiedene Landorte dieses Bezirks nicht erreicht. Untergrumbach hat dieselbe mit 76,8% überschritten, Philippsburg hingegen, Unterhirschheim, Mengingen und Odenheim bleiben mit 63,5, 54,0, 55,2 und 49,9% hinter dem Bezirksdurchschnitt. Es sind das neben einigen anderen diejenigen Orte, in welchen bei der Wahl im Frühjahr des letzten Jahres die KPD nennenswerte Stimmenergebnisse zu verzeichnen hatte. In diesen Orten sieht es der SPD meist an tatsächlichen Funktionären, was daraus geschlußfolgert werden muß, weil trotz der erheblichen Stimmenergebnisse die hier die KPD bei der Dezemberwahl zu verzeichnen hatte, diese immer noch mehr Stimmen auf sich vereinigte als die SPD. Viele Arbeiterwähler sind also einfach zu Hause geblieben. Die Wahlergebnisse im Bruchsaler Bezirk seien der Parteileitung besonders zur Beachtung empfohlen; denn es muß auffallen, wie in einem mit Arbeiterkraft so stark durchsetzten Bezirk die Wahlergebnisse bei den einzelnen Wahlen so großen Schwankungen unterworfen sein können. Wenn z. B. in der Stadt Bruchsal 718 sozialdemokratischen Stimmen 707 KPD-Stimmen gegenüberstehen, dann zeigt dieses Ergebnis von keiner intakten Parteigruppe. In Wülflingen ist es nicht anders; gleich so scheint es in Forst zu sein. In Malsatt,

in Mengingen und in Wiefental gehen die Stimmen der KPD nicht unwesentlich über jene der SPD hinaus, wenn auch zugegeben werden muß, daß in all diesen Orten die KPD ganz wesentliche Einbußen erlitt. Von den auf die Linksparteien abgegebenen gültigen Stimmen entfielen in prozentualer Berechnung auf:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	18,6	7,5	12,2
USPD	6,1	0,3	0,5
KPD	1,6	10,2	6,4

Was in nicht vielen Bezirken des Landes festzustellen ist, tritt somit bei dieser Zusammenfassung in die Erscheinung, nämlich, daß bei der Wahl im Mai letzten Jahres der KPD nicht nur sämtliche Stimmen der USPD vom Jahre 1920 zufließen, sondern darüber hinaus auch noch ein beträchtlicher Teil ehemaliger sozialdemokratischer Stimmen. Ganz im Gegensatz zu vielen anderen Bezirken des Landes hat die Sozialdemokratie die im Jahre 1920 gehaltene Position bei der jüngsten Wahl nicht wieder erreicht. Im übrigen zeigt die Gesamtgruppierung der prozentual errechneten Anteilnahme aller Parteien gegenüber jener in anderen Bezirken keine allzu große Abweichung. Sie gestaltet sich folgendermaßen:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Rechtsextreme Parteien	7,2	9,6	8,1
Deutsche Volkspartei	2,2	3,4	4,8
Wirtschaftl. Gruppen	—	7,2	4,9
Zentrum und Demokratie	63,9	61,4	62,8
SPD usw.	26,4	18,2	19,2

Die Wahlergebnisse im Amtsbezirk Mühlhausen von jenen des Bezirks Bruchsal nicht viel ab. Die Arbeiterbewegung ist hier zahlenmäßig nicht so stark. Die Wahlbeteiligung ist wenig erfreulich; es wurden gezählt:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Stimmberichtig	37 125	38 735	39 929
Abgestimmt	24 664	23 301	24 456
Wahlberechtigte in %	66,4	60,1	61,2

Der prozentuale Anteil am Wahlergebnis gestaltet sich nach den einzelnen Wählergruppen folgendermaßen:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Rechtsextreme Parteien	2,6	4,6	5,1
Deutsche Volkspartei	1,2	5,1	7,6
Wirtschaftl. Gruppen	—	8,5	4,7
Zentrum und Demokratie	73,4	72,4	72,1
SPD usw.	12,5	9,1	10,3

Es haben hier die Linksparteien zusammen ihre Position vom Jahre 1920 auch nicht behaupten können, immerhin aber ist das Ergebnis erfreulicher als jenes im Bezirk Bruchsal, weil hier, wie wir gleich sehen werden, der Verlust ausschließlich auf das Konto der KPD geht. Die prozentuale Anteilnahme der 3 Linksparteien verteilt sich nämlich so:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	5,9	5,5	7,6
USPD	6,3	0,3	0,3
KPD	0,2	3,2	2,3

Der verhältnismäßig kleine Amtsbezirk Ettlingen ist wohl mit das beste Beispiel dafür, wobei die Zerstückelung der sozialistischen Arbeiterbewegung führte. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1920 entfielen neben 2325 SPD-Stimmen 2031 auf die USPD. Die KPD konnte zu ihren im Jahre 1920 gemachten 120 Stimmen bei der Wahl im Mai des letzten Jahres nur 791 Stimmen hinzugewinnen, während neben dem fast reißenden Verlust der früheren USPD-Stimmen jene der SPD im Mai auf 2211 zurückgingen. Berücksichtigt man noch besonders werden das stabile Wählerverhältnis des Müllinger Bezirks. Gezählt wurden:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Wahlberechtigte	18 967	18 459	18 854
Abgestimmte	12 440	12 882	13 551
In Prozenten	68,8	69,5	71,9
Gültige Stimmen	12 363	12 635	13 311

Von den gültigen Stimmen entfielen, im prozentualen Anteil gerechnet, auf:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Rechtsextreme Part.	10,0	12,0	9,8
Deutsche Volkspartei	1,6	5,4	7,1
Wirtschaftl. Gruppen	—	5,1	4,6
Zentrum u. Demokratie	50,4	52,1	50,2
SPD usw.	37,8	25,2	28,0

Der Anteil der Rechtsparteien an dem Wahlergebnis bewegte sich somit von 11,6% im Jahre 1920 auf 22,5% im Mai und zurück auf 21,5% im Dezember. Die drei Linksparteien haben im Mai letzten Jahres Stimmen nach rechts hin abgegeben müssen; ein Teil derselben mag der „Partei der Nichtwähler“ zugegangen sein. Die nachstehende Detaillierung zeigt, wie schließlich im Müllinger Bezirk die Linksparteien den Verlust zu tragen hat, ohne daß diese Einbuße wieder voll der SPD zugute kommt. Anteilsmäßig sind an dem Stimmenergebnis prozentual beteiligt:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	20,4	17,5	23,0
USPD	16,4	0,5	0,6
KPD	0,9	7,2	4,1

Der Amtsbezirk Malsatt hatte vorübergehend eine starke kommunistische Bewegung. Namentlich diese im Abflauen begriffen ist, zeigt sich eine bedauerliche Rückwärtsentwicklung in der Wahlbeteiligung.

Es waren . . . und es haben . . .

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Wahlberechtigt	61 518	66 910	68 856
Abgestimmt	44 187	43 832	45 420
In Prozenten	71,8	65,1	65,9
Abgegebene gültige Stimmen	43 983	43 233	44 717

Bei der 1. Reichstagswahl im letzten Jahre waren die Rechtsparteien hier mit 25,8% an dem Wahlergebnis beteiligt, sie mußten sich aber bei der Wahl im Dezember mit 21,3% begnügen. Auch die KPD hat sich hier mit dem gleichen Schicksal abfinden müssen. Deren Anteil ging von 3573 bei der 1. Wahl 1924 gemachter Stimmen auf 2273 bei der 2. Wahl zurück. Die Stimmen der SPD wiesen in dieser Zeit von 6240 auf 8671. Immerhin nimmt die KPD hier noch eine durchaus ernst zu nehmende Position ein, die zu erfüllern eine der großen Aufgaben der sozialdemokratischen Arbeiterkraft ist. In welchen Orten die KPD in der Hauptsache ihren Stützpunkt hat, kann hier übergegangen werden, denn es muß schließlich doch Sache der

Parteifunktionäre sein, hierüber eigene Erörterungen anzustellen. Die einzelnen Parteigruppen sind mit folgenden Anteilssiffern am Wahlergebnis beteiligt:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Rechtsextreme Part.	4,6	10,8	7,5
Deutsche Volkspartei	5,4	8,9	10,2
Wirtschaftl. Gruppen	—	6,1	3,6
Zentrum u. Demokratie	58,1	50,8	53,4
SPD usw.	31,7	23,2	25,1

Für die Linksparteien ist dieses Ergebnis durchaus nicht befriedigend, wenn auch, wie wir gleich sehen werden, die Sozialdemokratie nicht in erster Linie der Leidtragende ist. Von den abgegebenen gültigen Stimmen haben erhalten:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	20,1	14,4	19,4
USPD	11,0	0,6	0,7
KPD	0,5	8,2	5,0

Nun zum Amtsbezirk Forstheim: Oft schon hörten wir in Forstheimer Parteikreisen, dieser Bezirk habe sich bei der im Mai letzten Jahres stattgefundenen Reichstagswahl für die SPD gut gehalten. Leider ist diese Auffassung eine irrige. Wohl hat die Partei damals nur 695 Stimmen eingeholt, aber der Zunahme der Zahl der Wahlberechtigten von über 7000 steht eine Stagnation gegenüber, wodurch der Parteienanteil am Wahlergebnis stark zurückweicht. Was in anderen Bezirken sonst kaum zu beobachten gewesen war, kommt hier noch hinzu, nämlich die Tatsache, daß die Gesellschaft der alten USPD mit 5882 Stimmen bei der Reichstagswahl im Mai letzten Jahres zum großen Teil auf die KPD überging. Bei der Dezemberwahl konnte diese Partei allerdings ihre Position nicht mehr behaupten, indem sie sich mit 3924 von 5803 bei der Reichswahl erzielten Stimmen zufriedengeben mußte, während die SPD ihre Stimmen von 15 892 auf 17 644 zu steigern vermochte. Von den Bezirkseinschreibern waren . . . und haben . . .

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Wahlberechtigt	65 949	73 406	76 084
Abgestimmt	50 893	56 012	58 553
In Prozenten	77,1	76,3	76,9
Gültige Stimmen abgegeben	50 671	55 549	57 956

Hierbei beträgt der prozentuale Anteil:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
Rechtsextreme Part.	26,6	27,8	23,4
Deutsche Volkspartei	7,7	11,0	17,7
Wirtschaftl. Gruppen	—	6,1	4,4
Zentrum u. Demokratie	18,3	15,6	16,5
SPD usw.	47,3	39,3	37,8

Was sonst kaum zu beobachten ist, tritt hier in die Erscheinung: Die Rechtsparteien haben ihren Stimmenanteil laufend zu steigern vermocht, und zwar von 34,3 auf 44,9 und schließlich auf 45,4. Die 3 Linksparteien hingegen weisen einen Rückgang auf. Auch ein Vergleich der in den einzelnen Orten des Bezirks erzielten Wählerstimmen zeigt, daß trotz Wählerzunahme ein Stillstand der sozialdemokratischen Stimmengruppe eingetreten ist. Als eigentlicher Gewinner ist die Deutsche Volkspartei anzusehen, was im Hinblick auf die politische Tradition dieses Bezirks schon etwas heißen will. Der prozentuale Anteil der Linksparteien an dem Wahlergebnis sieht vom Forstheimer Bezirk so aus:

	1920	1. R.-Wahl 1924	2. R.-Wahl 1924
SPD	32,6	28,5	30,4
USPD	11,6	0,7	0,6
KPD	3,0	10,0	6,7

Es erübrigt sich, zu den oben bereits über diese Feststellung gemachten Wahrnehmungen noch Weiteres hinzuzufügen. Jedenfalls bedarf es einer eingehenden Nachprüfung, inwiefern die Wahlergebnisse der Parteigruppen an dem einen oder anderen Orte festzustellen ist. Mit dem Hinweis darauf, die politischen Umstände und die politische Haltung der Parteien seien allein entscheidend für die Stellung der Wählerkraft zu ihr, kommt man, insbesondere bei dem Ergebnis der Dezemberwahl, nicht durch. Wenn die Politik der Partei in der parlamentarischen Arbeit von der Wählerkraft nicht immer gleich verstanden wird, dann beginnt mit der Feststellung dieser Tatsache die besondere Aufgabe der Parteigruppen, den Aufklärungsbeitrag entsprechend zu gestalten. Unterbleibt dies, dann müssen sich naturgemäß beim Wählerstimmeneinbußen einstellen. Diese bei zukünftigen Wahlen zu verhindern, muß das Bestreben aller Parteimitglieder in der Partei sein.

... und beim Anrichten noch einige Tropfen
MAGGI Würze

Letzte Nachrichten

Zur Regierungskrise in Preußen

Berlin, 6. März. Der interfraktionelle Ausschuß des preussischen Landtags trat am Freitag zu einer Sitzung zusammen, um über die Frage des Termins für die Wahl des Ministerpräsidenten erant zu verhandeln. Ministerpräsident Marx und die übrigen Minister nahmen an der Sitzung teil. Man will davon festhalten, daß am kommenden Dienstag die Wahl stattfinden soll. Am Montag wird aber der interfraktionelle Ausschuß noch einmal zusammentreten.

Die Fraktionsführer des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten kamen laut „Voss. Ztg.“ in einer vertraulichen Besprechung, die heute vormittag im preussischen Landtag abgehalten wurde, überein, wieder Marx als gemeinsamen Kandidaten für den Posten des preussischen Ministerpräsidenten zu nominieren.

Schweres Explosionsunglück

Paris, 7. März. Havas berichtet aus Madrid: In einer in deutschem Besitz befindlichen Karminfabrik ereignete sich eine Kesselexplosion. Ein zweistöckiges, im Bau befindliches Werk stürzte zusammen und bezug die Arbeiter unter 114. Gestern abend töteten 7 tote geboren werden, außerdem wurden 20 Personen verletzt.

Ein neuer Flugzeugtyp

Berlin, 6. März. Der Deutsche Aeroklub teilt mit: Das neueste Dornier-Gasmetallflugzeug des Deutschen Aeroklubs durchflog die 620 Kilometer lange Strecke von Friedrichshafen nach Berlin ohne Zwischenlandung in der Rekordzeit von 3 1/2 Stunden. Dieser Rekordflug wird mit Beginn der Flugzeit einer der Hauptträger des Transkontinentalen

Luftverkehrs im Dienste des Aeroklubkongresses werden. Neben einer luxuriösen ausgestatteten Kabine weist dieses Flugzeug hervorragende aerodynamische Eigenschaften auf.

Der päpstliche Nuntius gegen den Suppeiertag

Frag, 6. März. Wie der Vertreter des Nuntius mitteilt, hat der päpstliche Nuntius Marzitti, wie „Lidobe Noviny“ berichtet, der tschechoslowakischen Regierung mitgeteilt, daß der Vatikan die gesetzliche Einführung des Ost-Feiertages als feindseligen Akt betrachten würde. In der tschechischen Presse wird dieser Schritt als Entschädigung in die inneren tschechischen Angelegenheiten abgelehnt. Der slowakische katholische Autonomienführer Minat gab eine Erklärung ab, daß seine Partei die slowakischen Arbeiter auffordern werde, dem die Mitglieder kirchenfeindlicher politischer Parteien mit dem Interdikt zu belegenden Hirtenbrief der slowakischen Bischöfe trotz der von der Regierung angebotenen Strafen Folge zu leisten.

Zur Streibewegung der Eisenbahner

Breslau, 7. März. (Eigener Funddienst.) Eine Verammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes für Breslau und Umgebung beschloß nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit, nicht sofort in den Streik einzutreten, sondern weitere Verhandlungen am heutigen Tage abzuwarten. Zugleich wurde aber auch beschlossen, für den Fall der Ablehnung der aufrechterhaltenen Forderungen am Montag in den Westschiffen, auf den Güterbahnhöfen und bei der Bahnunterhaltung den Streik geschlossen zu beginnen und die Erweiterung des Streiks auch auf andere Kategorien vorzunehmen.

Der Streik in Sachsen hat im Laufe des Freitag auch eine erhebliche Ausdehnung erfahren. Er erstreckt sich auch

auf Gera, Saalfeld und einige andere Orte. Der Streik in Berlin ist vorläufig noch beschränkt auf den Anhalter Güterbahnhof, den Schlesischen Güterbahnhof und den Berliner Bahnhof.

In einem halbamtlichen Bericht über die Lohnfrage der Eisenbahner sucht die Generaldirektion ihr Verhalten zu rechtfertigen. Sie spricht u. a. davon, daß sie bereit war, die Eisenbahnerlöhne in den Orten, wo sie unter den Industriearbeiterlöhnen liegen, entsprechend anzupassen. Berücksichtigt aber wird, daß es sich auch bei diesen Löhnen nur um Hungerlöhne handelt und die in Frage kommende Erhöhung äußerst gering, ja überhaupt nicht nennenswert ist. Die Organisationen haben infolgedessen vollkommen recht, wenn sie ein derzeit minderwertiges Angebot der Hauptverwaltung ablehnen. Im übrigen geht aus dem Schlußsatz des halbamtlichen Schreibens hervor, daß die Hauptverwaltung langsam die unheilvolle Wirkung ihrer Haltung doch einleht. Sie verweist nochmals darauf, daß Lohnhöhungen ohne Erhöhung im Personalrat nicht zu gewähren sind.

Trauerkundgebung

Genf, 6. März. (Eig. Funddienst.) Für die Deutschen der französischen Schweiz fand am Donnerstag nachmittag eine Trauerfeier im Genfer Generalkonsulat statt. Konsul Schreiermann, der Schwager des verstorbenen deutschnationalen Abgeordneten Helfferich, würdigte in einer Erinnerungsrede die menschlichen und staatsmännlichen Tugenden des verstorbenen Reichspräsidenten. Zur Erinnerung der deutschen Vereine in der West-Schweiz wurde ein Beileidstelegramm an die Reichsregierung gefandt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Sonntag, 8. März: Meist trübe, Niederschläge (im Gebirge Schnee), Temperatur wenig verändert (im Gebirge Frost).



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäftlichen Verkehrs und sichern pünktliche Erledigung der uns erteilten Aufträge zu.

Für Spareinlagen gewähren wir bestmögliche Verzinsung.

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe

mit Depositenkasse am Bahnhofspratz und Niederlassung in Mühlburg.

Sofort einlad
möbl. Zimmer
zu vermieten. Mühlb.,
Schützenstr. 98, IV. 1720

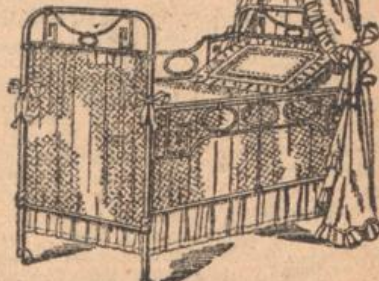
Lehrmädchen
sofort gesucht. Maschinen-
Schneiderei E. Engelhard,
Wartenstraße 11. 1723

Selbständiger
Haus- u. Güterhändler
für mittlere Schichten
sofort, auch später, für
dauernd gesucht. Offerten
Nr. 1771 an das Volks-
freundbüro erbeten.

Gut erhaltener
Sportwagen
zu verkaufen. Frühling-
straße 1a, 4. Etod. 1777

Suche die Lady Beete am
nicht Blau, ausgeganga
Frauenhaare.
Deta Reder barhaublo

Der Einkauf von
Betten ist
Vertrauenssache



Kinder-Bettstellen
in Holz und Metall
13.50 24.- 27.- 30.- bis 58.-
Komplette Kinder-Betten
von Mk. 49.50 an
von der einfachsten bis zur
eleganteiten Ausführung
Gut! Schön! Preiswert! 1749

Bettenhaus Buchdahl
Kaiserstr. 104. Karlsruhe nahe Hauptpost

Spanischer Garten

Offener vorzügl. Spanischer Well-
und Rotwein, herb und süß, sowie
Malaga, Taragon, Moskatel usw.
H. Rotwein, pro Fl. v. Mk. 1.20 an, be-
sonders zu empfehlen für Kranke und
Blutarm. Ferner alle Sorten Säd-
trachte zu billigsten Tagespreisen.
1784

JUAN FONT
Hauptgeschüt Kaiserstr. 227, Fern-
sprecher 630, Filiale Waldhornstr. 23,
Eingang Kaiserstraße.
NB. Beide Geschäfte bleiben von
7-9 bis 7 Uhr ununterbrochen offen.

Geigen-Schule

Direktor Herm. Post 1762
Adlerstraße 33 Telefon 1940
Unterricht vom ersten Anfang bis zur
Konzertreife. Eintritt jederzeit.

Baden-Baden.

Einladung

Der unterzeichnete Ausschuß der Wei-
marer Koalitionsparteien beehrt sich, die
Bürgerstadt Baden zu der am Sonn-
tag, den 8. März 1925, vormittags
11 1/2 Uhr im Gartenamt des Auerhans
stattfindenden

Gedächtnisfeier

für den verstorbenen Reichs-
präsidenten Friedrich Ebert

ergebenst einzuladen. Redner: Minister
des Innern Neumette. 204
Karl Hübler, Stadtrat
Ester Hübler, Stadtrat
Leo Jubelet, Stadtrat



Arb.-Radfahrer-Berein Forchheim

Mitglied des Arb.-Radf.-Bundes „Solidarität“

An die werten Vereine der Umgegend!
Am Sonntag, den 7. Juni 1925, feiert
unser Verein das 25. Jubiläum

20 jährigen Bestehens.

Wir erlöchen die verehr. Arbeitervereine der
Umgegend bei etwa beabühtigten Vereiner-
veranstaltungen den 7. Juni möglichst auszusparen,
um es den Vereinsmitgliedern zu ermöglichen
unser Jubiläumfest besuchen zu können. 259

Mit Freil. Heil
Der Vorstand.

Trauerbriefe liefert Buchdruckerei
Seltsefreund

Durlacher Anzeigen.

Wohnungs-Änderungen.

Wohnungsänderungen sind uns nach § 15
der Gasbezugsordnung sofort zwecks Ablegung
der Gasmeter und Änderung der Verrech-
nung mitzuteilen. Der bisherige Mieter haftet
für Verluste, die uns aus der Nichtanmeldung
entstehen.
Wir machen hierauf in angedeneter Beron-
taltung wiederholt aufmerksam.
Durlach, den 7. März 1925. 585
Städt. Gaswerk Durlach.

Den Zeitverhältnissen entsprechend haben wir unsere Abteilungen:

Damen- und Mädchen-Konfektion

sowie

Herren- und Knaben-Konfektion

bedeutend vergrößert

Wir bringen für die kommende

Frühjahr- und Sommer-Saison

eine sehr reichhaltige Auswahl nicht nur in den guten Mittelgenros, wofür unser Haus seit vielen Jahren den liberal
bekanntesten Ruf besitzt, sondern auch die

Neuheiten der Saison

Ausserdem führen wir neben allen normalen Größen und Weiten auch solche für grosse starko Figuren, sowie für
schlanke und untersetzte. Die Preise haben wir jeweils den Qualitäten entsprechend so gesetzt, dass wir wirkliche
Vorteile bieten. — Besichtigung unserer Läger jederzeit ohne Kaufrang gestattet.

Guggenheim & Co Gaggenau

In der Anzeige der gestrigen Ausgabe
Seite 6

4 billige Schubtage

der Firmen Schubhaus Proppel u. Schub-
haus H. Darger ist ein Preisfehler ent-
halten. Beim letzten Artikel muß es heißen:

**Damenpangen- und
Schnür-Halbhuhe** Mk. 11 175
anstatt wie falsch erschienenen Mk. 14.50

Selbständiger

Dreher

mit langjähriger Erfahrung und Praxis
für Reparaturverhältnisse in Karlsruhe

gesucht.

Nur zuverlässige Leute mit guten Zeug-
nissen wollen Bewerbungen unter
Angabe von Gehaltsansprüchen unter
Nr. 1777 an das Volksfreundbüro ein-
senden. — Bei guter zeitlicher Zuer-
stellung zugesichert.

Für's Frühjahr

Schlager's Sweater-Anzüge

„Buby“ mit Ueberknöpfhose 0 1 2
M. 12.40 13.40 14.40

Matrosen-Anzug 0 1 2 3 4
Lloyd M. 15.80 16.80 18.00 19.50 21.00

Sweater 0 1 2 3 4 5 6
Georg M. 6.80 7.50 8.40 9.40 10.40 11.00 12.00

Meine **Reklame-Kinder-Weste**
Grösse 1 2 3 4 5
M. 3.90 4.90 6.40 6.90 7.90

Beachten Sie meine Spezial-Fenster!

Paul Burchard

„Württembergischer Hof“
Ecke Uhland- und Goethestraße
Samstag und Sonntag

Volkswesintage

mit herabgesetzten Preisen.
Schlachtfest Zwiebeltuchen.
Lehrer Kaufhaus des Hochfeinen

Sichbaum-Doppelbock

1 Liter-Maßtrag 60 Pf. 1751

Krawatten

in jeder Form
und Qualität

Wilh. Heinert Nachf.
Inh.: Frieda Kraft
Kaiserstr. 227

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
feinen Solinger Stahlwaren
wie Taschenmesser, Fischbestecke,
Scheren, Alpenbestecke und meine
la Rasiermesser
eigener Fabrikation sämtliche
Rasierutensilien.

H. Tintelott, Rasiermesserfabrikant
Amalienstr. 43 Tel. 4182

Zum Umzug

Klöppel- Spitzen

Maschinen und Hand-
arbeit

Riesen-Auswahl

Billigste Preise

Anfertigung nach
Maß

Brisbis Paar von Mk. 1.20
Stores Stück von Mk. 2.90
3 teil. Gardinen von Mk. 4.80
3 teil. Madras von Mk. 8.50
Vitrages Mtr. von Mk. 0.75
Gardinen Mtr. von Mk. 1.80
Etamine 150 breit Mtr. Mk. 1.20
Schweizer Voll-Voile Mtr. Mk. 1.95
Tischdecken 130/160 in modernem
Waschstoff von Mk. 6.90
Tischdecken bekurzelt von Mk. 7.80
Rouleaux-Kordel Mtr. 5.-
Ringband Mtr. 10.-
Brisbis-Stangen Stck. 12.-

Paul Burchard

Wirtschaft zur „Brunnenstube“
Telephon 4719 Wühlburg Hardstr. 44

Jeden Freitag Schlachting.
Heute Samstag Schweins-
rindfleisch, fette und warme
Speisen jeder Art.

In. Weib- u. Notwane d. B. J. an bad 1/2 Liter.
Münchener Baderbräu H. Sauer-Wein.

Sonntag Frühjochpen u. nachm. Konzert.

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr. 1650

Ach hält ich doch 'ne Frau!

In Fahrrad-
gummi Ersatz-
teile

Fahrräder u. Nähmaschinen

bekannte Marken werden 248
bei kleiner Anzahlung sofort abgegeben.
Billige Preise! Kein Laden! Kein Personal!
Bitte um Beschäftigung meines Lagers
ohne Kantzahlung.

Frieda Hübner
Durlach-Aue Hauptstr. 12

Maschinen-
nadeln etc

Druckarbeiten aller Art liefert die Buch-
druckerei „Volljahren“,
Zeilentr. 24.

Besuchen Sie
bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund Möbelhaus

Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweig-
stellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft
aussergewöhnliche Vorteile beim
Einkauf durch grösste Auswahl

Billigste Preise! Grösste Zahlungserleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf
von uns kostenlos beraten!

Baubund Möbelhaus

Bad. Baubund, G. m. b. H.
Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

freireligiöse Gemeinde
Sonntag, den 8. März, vormittags 10 Uhr
im Saale „Bier Jahreszeiten“, Bebelstr. 21

Sonntagsfeier

Vortrag v. Herrn Prediger Saenger - Karlsruhe:
„Das Lyser im Lichte der freien Religion“.
Der Zutritt ist jedermann gestattet. 1766

auch Teilzahlung

Pianos G. Kunz

Kronenstr. 10.

In 30 Minuten
Ihre Parfüm
aus im Hofstr. 10, Bad. Baubund

Neu eingetroffen!

Impr. Damenmäntel 13.- an
Kindermäntel 4.- an
Damenmäntel 12.- an
Covercoatmäntel 10.- an
Tuchmäntel 13.- an
Babardmäntel 28.- an
Bummelmäntel für
Damen u. Herren 22.- an
Den. galokostüm 13.- an
Cheviotkostüm 24.- an
Babardkostüm 42.- an
Alps- u. Burberriekostüm,
in besten Qualitäten
Röcke Blusen 1.45 an
Wäsche 4.- an
Wollkleider 8.- an
Wollmäntel 22.- an
Kontirmantel- und
Kontirmantelkleid 8.- an
Trikotkleider 8.50 an
Unterriech, Prinzeßröcke,
Schlepphosen, Schürzen,
Damenwäsche, Regen-
schirme, bekannt-billig

Daniels
Konfektionshaus
Wilhelmsstr. 36, 1 Tr.

Pfannkuch

Eingetroffen:

Weitere
große
Sendungen
Frische
Vollkorn-
Süß-
Büchlinge

gut geräuchert
Pfd 28 Pf
5 Pf.-Stücken
1 30
Bei Abnahme von
5 Stücken
das 1 25
Bei 10 Stücken
das 1 20
Pfannkuch

Unsere

Modellhut-Ausstellung

ist eröffnet

Wir zeigen ohne jeden Kaufzwang
Pariser / Wiener / Berliner
Original-Modelle

Geschwister Gutmann

Größtes Spezialhaus Badens

14 Schaufenster! 14 Schaufenster!

Vom 16. bis mit 20. März ds. Js.
findet im Saale des Restaurant zum „Palmengarten“,
Herrensir. 34 a, jeweils nachmitt. von 1/2 3 bis 1/2 6 Uhr ein

Backkurs

der Dipl. Haushaltungslehrerin Frau Dr. Jürgensen aus
Zürich statt.

Gründlicher Unterricht in der Bereitung einfachster bis
feinster, speziell Wiener Backwaren und Süßspeisen: Hele-
teige, abgebrante Teige, Torten, Blätterteige, Strudel,
Cronas, Aufläufe, Kleingebäck usw. unter besonderer Be-
rücksichtigung des Backens in modernen Gasbacköfen.

Unterrichtsgebühr 20 Goldmark.

Anmeldungen bis spätestens Freitag den 13. März d. J. im
Städt. Gaswerk, Kaiserallee 11, Gasanmeldung, oder Lessing-
strasse 1a, IV. Stock, Gaswerkabteilung, woselbst auch
jede weitere Auskunft erteilt wird. 572

gut geräuchert
Pfd 28 Pf
5 Pf.-Stücken
1 30
Bei Abnahme von
5 Stücken
das 1 25
Bei 10 Stücken
das 1 20
Pfannkuch